



### Liebe Leserinnen und Leser,

die vergangene Sitzungswoche war gesetzgeberisch von einer gespannten Ruhe geprägt. Das politische Berlin wartet auf das Ergebnis des SPD Mitgliederentscheids, um endlich eine stabile Regierung bilden zu können.

Die CDU hat am vergangenen Montag auf ihrem Bundesparteitag mit über 97 % den Koalitionsvertrag gebilligt. Auch wurden die ersten Personalvorschläge zur Besetzung der Bundesministerien vorgestellt. Dennoch war der Bundestag natürlich nicht untätig. Ganz im Gegenteil: am Donnerstag wurde der Untersuchungsausschuss Berliner Breitscheidplatz eingerichtet, um die Hintergründe des Attentats auf den Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 zu untersuchen und die richtigen Folgerungen für die Sicherheitsbehörden und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ziehen zu können. Neben der lückenlosen Aufklärung der Tatumstände wird es um die bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern gehen. Vor allem darf der Opferschutz nicht vergessen werden. Die betroffenen Familien und Hinterbliebenen haben einen furchtbaren Verlust erlitten, den ihnen niemand zurückbringen kann – aber wir sollten wenigstens versuchen, die Opfer so gut es geht zu entschädigen.

Auch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu möglichen Diesel-Fahrverboten hat zu zahlreichen Abstimmungen und Gesprächen geführt. Die Politik muss das erklärte Ziel haben, Luftreinhalt zu gewährleisten und gleichzeitig im Rahmen der Verhältnismäßigkeit Fahrverbote zu vermeiden. Ich lade Sie ein, mich in den nächsten Tagen zu treffen und über diese und viele andere Fragen zu diskutieren.

Beispielsweise am kommenden Sonntag, 4.3.2018, um 10.30 Uhr im Café Link in Kriegshaber, am 7. März, um 18.30 Uhr in der neuen Stadtbücherei zum Thema Elektromobilität und am darauffolgenden Sonntag, 11. März 2018, um 17.30 Uhr mit Alexander Dobrindt auf dem Gögginger Frühlingsfest.

Viel Spaß beim Lesen!

### Herzliche Grüße

### Dr. Volker Ullrich, MdB

#### Diese Woche

|  |   |
|--|---|
| Aufklärung: „Amri-Untersuchungsausschuss“ beginnt Arbeit | 2 |
| Warten auf das Mitgliedervotum der SPD                   | 3 |
| Urteil des Bundesverwaltungsgerichts                     | 4 |
| Sicherheitspolitik                                       | 5 |
| Weltfrauentag  | 7 |
| Gastkommentar von Alexander Dobrindt in der Welt         | 8 |



## „Amri-Untersuchungsausschuss“ nimmt Arbeit auf



Vor gut einem Jahr raste der Terrorist Anis Amri mit einem gestohlenen Lastwagen in den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz und tötete zwölf Menschen. Rund 70 wurden verletzt. Am Donnerstag setzte der Bundestag einen Untersuchungsausschuss ein, um die Vorgänge lückenlos aufzuklären und entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

**Volker Ullrich, innenpolitischer Sprecher der CSU im Bundestag**, begrüßte die Einsetzung des Untersuchungsausschusses: „Es ist unbedingt notwendig, die Vorgänge im Detail aufzuklären und insbesondere zur Person des Attentäters und dessen Umfeld sowie das Handeln der zuständigen Behörden genau aufzuarbeiten.“ Sollten sich daraus Defizite ergeben, müssen die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden, so Ullrich. „Mir kommt es vor allem auf einen angemessenen Opferschutz an. Wir dürfen es nicht zulassen, dass der Untersuchungsausschuss im Hinblick auf die Flüchtlings- und Migrationspolitik der Bundesregierung missbraucht wird.“ Aufgabe sei, in der Zukunft schreckliche Anschläge wie den auf dem Breitscheidplatz möglichst zu verhindern oder verhindern zu helfen.

### Zusammenarbeit von Bund und Ländern verbessern

Der Ausschuss soll auch klären, warum im Fall Amri das Zusammenwirken von Ausländerbehörden, Polizei und Nachrichtendiensten nicht funktioniert hat. Neben der lückenlosen Aufklärung der Tatumstände geht es auch darum, über die bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern und die Sicherheitsarchitektur in Deutschland zu beraten. So müsse man sich, sagte Mayer, intensiv mit den Schnittstellen zwischen Behörden in Bund und Ländern befassen, ebenso wie mit der Kooperation der Sicherheitsbehörden auf europäischer und internationaler Ebene. Zudem werden der Opferschutz und die Verbesserung der Opferentschädigung eine wichtige Rolle spielen. Deutlich wurde Mayer in Richtung AfD: Die Unionsfraktion werde nicht zulassen, dass der Untersuchungsausschuss „als Fanal hinsichtlich der Flüchtlings- und Migrationspolitik der Bundesregierung missbraucht wird.“ Aufgabe sei, in der Zukunft Anschläge wie den auf dem Breitscheidplatz möglichst zu verhindern oder verhindern zu helfen.

### Konstituierende Sitzung am Abend

Der Ausschuss kommt noch am Abend zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Den Vorsitz des Gremiums übernimmt der CDU-Abgeordnete Armin Schuster. Es ist der erste Untersuchungsausschuss



des Bundestages in dieser Wahlperiode. Die Landesparlamente von Berlin und Nordrhein-Westfalen hatten bereits vor einigen Monaten ähnlich Gremien eingerichtet.

Hintergrund:

In Berlin starben am 19. Dezember 2016 zwölf Menschen und rund 70 wurden verletzt, als der Terrorist Anis Amri mit einem gestohlenen Lastwagen in den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz raste. Der Tunesier wurde auf der Flucht kurz darauf in Italien von Polizisten erschossen. In dem Fall gab es eine ganze Serie von schweren Fehlern. Amri war ein bekannter Islamist, Gefährder und verurteilter Straftäter, der eigentlich hätte abgeschoben werden sollen, aber stattdessen mit diversen Identitäten unterwegs war und die Behörden täuschte.

## Warten auf das Mitgliedervotum der SPD



Das lange Warten auf eine Entscheidung der SPD-Mitglieder, ob die Partei eine erneute Koalition mit der Union eingehen und mitregieren möchte, geht in die Endrunde. Ich bin sehr gespannt auf das Abstimmungsergebnis Ergebnis am Sonntag und hoffe, dass die Vernunft siegt und die SPD „Ja“ zu einer Regierungsbildung sagt. „Wir müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen für Deutschland, für Europa und in der Welt“, fordert Volker Ullrich. Mit dem Koalitionsvertrag haben wir einen guten Grundstein für unsere künftige Zusammenarbeit gelegt.



## Keine generellen Fahrverbote



Das Bundesverwaltungsgericht hat jetzt ein grundsätzliches Urteil zur Luftreinhaltung in Städten und zu einem Fahrverbot für Diesel gesprochen. Städte sollen nun selber entscheiden, ob sie ein Fahrverbot verhängen wollen oder nicht. Das Bundesverwaltungsgericht betont dabei den „Grundsatz der Verhältnismäßigkeit“. Das Urteil muss nun in Ruhe analysiert und es müssen die richtigen Schlüsse daraus gezogen werden“, findet der **Augsburger Bundestagsabgeordnete Dr. Volker Ullrich:**

„Die Luftreinheit ist ein hohes Gut. Dieses Ziel darf die Politik nicht aus den Augen verlieren. Pauschale Fahrverbote halte ich aber grundsätzlich für unverhältnismäßig und schon deshalb nicht sinnvoll - mal ganz abgesehen davon, dass sie beim Bürger auf Unverständnis stoßen. Jahrelang galten die Diesel-Fahrzeuge als besonders sparsam im Verbrauch und schadstoffarm, und jetzt sollen die Autos in der Garage bleiben? Dafür dürften vor allem die Berufspendler kaum Verständnis haben. Da hilft es auch nicht, dass es Übergangsfristen geben soll und die Fahrverbote für Diesel erstmal phasenweise kommen sollen.“

Nein, grundsätzliche Fahrverbote sollten vermieden werden, eine einheitliche gesetzliche Regelung wäre für alle Beteiligten sinnvoller, vor allem, um den Städten Rechtssicherheit zu gewährleisten“, meint Volker Ullrich. Die Fragen, in wie weit Messungen und Grenzen in letzter Konsequenz belastbar sind, dürften zumindest noch einmal gestellt werden. Ich gehe davon aus, dass Augsburg auch mit langfristig wirkenden verkehrsberuhigenden Maßnahmen gut aufgestellt ist.“

### Busse, Taxen und kommunale Fahrzeuge als erstes umrüsten

Dazu gehöre auch, dass Fahrzeuge, die hauptsächlich in den Städten unterwegs seien, wie ÖPNV-Busse, Taxen oder kommunale Fahrzeugflotten, als allererstes emissionsarm gemacht werden müssten. Ein generelles Fahrverbot sei nicht notwendig. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Ulrich Lange (CSU), ergänzte: „Kommunen können demnach selbst entscheiden, ob sie an bestimmten Stellen eingreifen.“ Eine Regelung des Bundes sei dafür nicht notwendig, also auch keine blaue Plakette. Das Gericht habe zudem ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen verhältnismäßig sein müssen. Dobrindt machte die Haltung der CSU im Bundestag noch einmal deutlich: „Wir lehnen die blaue Plakette ab. Sie ist nichts anderes als ein generelles Fahrverbot.“



### **1 Mrd. Euro für "Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020"**

Die verkehrspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Daniela Ludwig, wies darauf hin, dass mit dem "Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020" bereits ein Maßnahmenbündel im Umfang von 1 Milliarde Euro geschnürt worden sei, um die europäischen Grenzwerte einhalten zu können - ohne Diesel-Fahrverbote. Darunter 393 Millionen Euro für Maßnahmen zur Elektrifizierung des Verkehrs, 107 Millionen Euro für die Nachrüstung von Diesel-Bussen im ÖPNV und 500 Millionen Euro für Maßnahmen zur Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme. „Wir müssen die Kommunen jetzt gezielt und individuell unter Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten vor Ort unterstützen, um die Luftreinhaltung zu gewährleisten. Auch müssen wir die laut Urteil möglichen Ausnahmeregelung für Handwerker intensiv nutzen, um Schaden von unserem Mittelstand abzuwenden,“ so Ludwig. Der Koalitionsvertrag sieht zudem viele weitere Maßnahmen vor, die die neue Regierung umsetzen soll.

### **"Aufhören, die Menschen zu verunsichern"**

Ulrich Lange betonte, dass man auch die Hersteller von Dieselfahrzeugen in die Verantwortung nehme: „Wir befürworten technische Nachrüstungen, wenn sie verhältnismäßig und wirksam sind. Die Dieselfahrer dürfen nicht die Leidtragenden in dieser Sache sein.“ Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Georg Nüßlein (CSU) ergänzte: "Wer sie jetzt mit einem pauschalen Fahrverbot belegen will, redet einer faktischen Enteignung und einem tiefen Eingriff in die individuelle Lebensführung vieler Millionen Bürger das Wort.“ Und: "Wir müssen aufhören, die Menschen massiv zu verunsichern. Das ist unsere politische Verantwortung."

### **Luftqualität in Deutschland bereits massiv verbessert**

Nüßlein wies darauf hin, dass die Schadstoffbelastung über die vergangenen Jahrzehnte hinweg signifikant gesunken ist. So sind die Stickoxid (NOx)-Emissionen im Verkehrsbereich seit 1990 um rund 70 Prozent zurückgegangen. "Es geht in Wahrheit doch gar nicht um die Frage, wie die Luft in den betroffenen Innenstädten noch sauberer wird. Wenn Gesundheit und Umwelt tatsächlich im Mittelpunkt stünden, dann würde wenigstens anerkannt, dass sich die Luftqualität in Deutschland über die letzten Jahrzehnte hinweg massiv verbessert hat. Es geht vielmehr um den Kampf gegen den Verbrennungsmotor und gegen die individuelle Mobilität in unseren Städten", so Nüßlein.

## **Hahn: Müssen Abrüstungsverträge kontrollfähig erhalten**





Am Freitag debattierten die Abgeordneten auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion über den 1987 unterzeichneten Vertrag über nukleare Mittelstreckenraketen. Der sicherheitspolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Florian Hahn, erklärt, warum.

***Herr Hahn, was steht im Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) und warum ist er für die europäische Sicherheitspolitik so entscheidend?***

Den INF-Vertrag haben 1987 die USA und die damalige UdSSR geschlossen. Er verpflichtet zur dauerhaften Abschaffung aller landgestützten Mittelstreckenraketen. Mit dem INF-Vertrag konnten echte Fortschritte bei der atomaren Abrüstung erreicht werden. Durch den Vertrag wurde die Zahl atomarer Trägersysteme tatsächlich reduziert. Außerdem sorgte er mit dafür, dass genügend gegenseitiges Vertrauen entstand, um auch Tausende atomarer Kurzstreckenwaffen aus Europa abzuziehen.

***Warum diskutieren wir überhaupt über den Vertrag?***

Grund für unseren Antrag ist die Befürchtung, dass Russland Mittelstreckenraketen getestet und landgestützte, mobile nuklearfähige Marschflugkörper stationiert hat. Das wäre ein Vertragsverstoß. Ohne funktionierenden INF-Vertrag wäre die NATO gezwungen, über parallele Maßnahmen nachzudenken – das kann niemand wollen! Wir fordern in unserem Antrag daher unter anderem, der Gefahr eines neuen nuklearen Wettrüstens entgegenzuwirken. Die Bundesregierung soll sich auf höchster politischer Ebene für die Bewahrung des INF-Vertragsregimes einsetzen. Das haben wir auch im Koalitionsvertrag vereinbart.

Statt utopische Projekte wie den Atomwaffenverbotsvertrag in den Vordergrund zu stellen, sollten wir lieber alles daransetzen, erst einmal die derzeit bestehenden Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge funktionsfähig zu erhalten. Mögliche russische Vertragsbrüche müssen schnell im Rahmen der vorgesehenen Gremien geklärt werden. Das schafft Vertrauen und ermöglicht in der Zukunft auch wieder ambitioniertere Abrüstungsinitiativen. Gerade angesichts der jüngsten Waffenpräsentationen Präsident Putins erscheint das dringend erforderlich.

***Müssen wir Europäer unsere Rolle in der Sicherheitspolitik überdenken?***

In der Tat zwingt die neue Weltlage uns Europäer zum Handeln: Wir müssen mehr in unsere gemeinsame Sicherheit investieren, strategisch autonomer werden und den Weg zu einer europäischen Verteidigungsunion weitergehen. Die jetzt in der EU vereinbarte Ständige Strukturierte Zusammenarbeit – oder PESCO – war überfällig. Mit der europäischen Verteidigung ergänzen und stärken wir die NATO.

Bislang geben wir Europäer das Geld ineffizient aus: Obwohl unsere gemeinsamen Budgets ungefähr die Hälfte des US-Verteidigungshaushaltes ausmachen, bekommen wir nach verschiedenen Schätzungen nur rund ein Viertel dessen, was die US-Streitkräfte erhalten. Durch engere Kooperation bei der Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern können wir mehr und besseres Material für unser Geld bekommen, reibungsloser zusammenarbeiten und unsere Verteidigungsindustrie wettbewerbsfähig halten.

Vom 19. bis 28. Januar 2018 findet die „Internationale Grüne Woche“ in Berlin statt. Mehr als 1.600 Aussteller aus aller Welt präsentieren dort alle Facetten moderner Land- und Ernährungswirtschaft sowie ein umfangreiches Angebot an regionalen Spezialitäten.



## Weltfrauentag: Für Gleichberechtigung und gegen Gewalt



von Silke Launert

Der Deutsche Bundestag debattierte am Donnerstag anlässlich des Internationalen Weltfrauentags am 8. März über die Rechte von Frauen. Silke Launert stellt in ihrem Kommentar klar: "Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss Realität werden."

200 Millionen, 130 Millionen, 80.000 – diese drei Zahlen offenbaren, dass Frauen weltweit nach wie vor Diskriminierung, Gewalt und Fremdbestimmung ausgesetzt sind. Sie zeigen uns, dass der Kampf gegen Benachteiligung längst noch nicht gewonnen ist. 200 Millionen Mädchen weltweit sind laut des Kinderhilfswerks UNICEF von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen. 130 Millionen Mädchen können laut Angaben der Entwicklungsorganisation ONE keine Schule besuchen. 80.000 Mal – genau genommen 81.756 Mal - wurde im Jahr 2016 das bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ kontaktiert.

Für Mädchen hier in Deutschland ist es selbstverständlich, lesen und schreiben zu können sowie einen Schulabschluss zu machen. Für viele Mädchen in anderen Teilen der Welt stellt sich die Realität leider völlig anders dar. Daher ist es absolut notwendig und richtig, dass CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, die Haushaltsmittel im Rahmen der Entwicklungsarbeit wesentlich zu steigern. Aber nicht nur das Thema Bildung, sondern auch das Thema Gewalt bereitet uns nach wie vor Sorge. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation sind mehr als ein Drittel der Frauen weltweit bereits Opfer von Gewalt geworden. Die Ursachen für Gewalt sind vielfältig. Teilweise spielen kulturelle Prägungen eine Rolle, aber oft auch die Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben. Wir als Gesellschaft müssen der Gewalt gegen Frauen ganz klar und unmissverständlich die Rote Karte zeigen. In der kommenden Legislaturperiode werden wir unter anderem eine Öffentlichkeitskampagne zur Ächtung von Gewalt starten sowie den Ausbau und die Ausstattung der Frauenhäuser vorantreiben. Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss Realität werden.



## Gastkommentar Alexander Dobrindt in der Welt: „Die Volkspartei der Zukunft ist bürgerlich-konservativ“



von Alexander Dobrindt

Die Mehrheit in Deutschland will eine bürgerlich-konservative Politik, die den global-digitalen Wandel mit Augenmaß gestaltet und Sicherheit bietet, schreibt der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, in seinem Gastkommentar für die WELT. Die Volkspartei der Zukunft ist deshalb bürgerlich-konservativ. Eine breite bürgerliche Debatte darüber war längst überfällig.

Die intensive öffentliche Auseinandersetzung der vergangenen Wochen über die Rückkehr des Konservativen hat einmal mehr gezeigt: Eine breite bürgerliche Debatte war längst überfällig und muss dringend geführt werden. Denn auch 50 Jahre nach 1968 haben die Nachlassverwalter linker Ideologien in ihren Abwehrreaktionen nichts an Reflex eingebüßt. Kaum löst sich eine Diskussion vom linken Meinungsmainstream und gewinnt durch eine bürgerliche Position an Vielfalt, reitet die ideologische Kavallerie aus, um den unerwünschten Beitrag zu diskreditieren. Besser als mit dem Verlauf der aktuellen Debatte hätte man die These einer Diskrepanz zwischen konstruierten Realitäten linker Mainstreameliten und dem alltäglichen Empfinden einer bürgerlichen Mehrheit nicht belegen können.

Diese Diskrepanz aufzulösen, ist ein demokratischer Auftrag. Dabei geht es darum, wieder eine Annäherung herzustellen zwischen den Debatten der Eliten und dem Alltag der Menschen, zwischen dem, was die Mehrheit lebt und dem, was mehrheitlich diskutiert wird. Nur so überwinden wir in unserem Land Tendenzen der Spaltung und schaffen wieder mehr Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Das politisch umzusetzen, verstehe ich als Aufgabe von CSU und CDU. Die schon in gebückter Haltung, halb entschuldigend geführte vermeintliche Richtungsdebatte zwischen konservativ und christlich führt dabei in die Irre. Das Konservative und das Christliche sind keine Gegensätze, sondern bilden eine unauflösbare Einheit, denn das Christliche ist für das Konservative geradezu konstitutiv. Konservative stellen den Einzelnen und die Familie ins Zentrum, setzen auf Freiheit durch Sicherheit, Heimat durch Bewahrung der Schöpfung und kulturelle Stabilität, Gerechtigkeit durch Eigenverantwortung, Chancen und Solidarität, auf ein klares Bekenntnis zu Fortschritt, Wachstum und Modernität in Verpflichtung auf das Gemeinwohl. Das Konservative beschreibt sich aus seinem christlichen Wurzelgeflecht.





Das ist Teil des Werteprogramms einer bürgerlich-konservativen Politik, das von den Menschen in unserem Land mehrheitlich eingefordert und unterstützt wird. Die linke Geschichte der 68er ist zu Ende erzählt und hat sich überholt. Was wir derzeit erleben, ist eine konservative Revolution der Bürger – gewachsen in der Mitte unserer Gemeinschaft, mit einer Besinnung auf Tradition und Werte. Das Treibhaus dieser Entwicklung sind Globalisierung und Digitalisierung, denn in einer sich immer schneller wandelnden Welt sehnen sich die Menschen stärker nach festem Halt – nach Heimat, Sicherheit und Freiheit.

Die Menschen fordern von der Politik zurecht, dass sie diese Bedürfnisse aufgreift und ihr Handeln konsequent daran orientiert. Die Mehrheit in unserem Land will keine linken Volkserzieher, die sie bevormundet. Keine Reaktionäre, die alles rückabwickeln wollen. Keine Nationalisten, die uns abschotten wollen. Keine Innovationsfeinde, die jede Neuerung ablehnen. Die Mehrheit in Deutschland will eine bürgerlich-konservative Politik, die den global-digitalen Wandel mit Augenmaß gestaltet und Sicherheit bietet. Die Volkspartei der Zukunft ist deshalb bürgerlich-konservativ – und um diese Volkspartei weiter zu sein, braucht die Union keinen Rechtsruck, sondern eine klare Ausrichtung an ihrem Markenkern als natürlicher politischer Heimat der Mitte-Rechts unserer Gesellschaft.

Hier finden Sie den [Gastkommentar](#) in der WELT.



Treten Sie mit mir in Kontakt:



#### Impressum

Herausgeber: Dr. Volker Ullrich, MdB, CSU im Bundestag

Heilig-Kreuz-Str. 24, 86152 Augsburg,

Telefon: 0821 / 5047 9440, E-Mail: volker.ullrich.wk@bundestag.de, Fax: 0821 / 5047 9441

Bildnachweis:

CSU Landesgruppe / picture alliance / dpa / Bernd von Jutrczenka / Marijan Murat /chromorange / dpaweb /

Henning Schacht / Bodo Brechtel - Eigenes Werk, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=66602958>